

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 99 – Dezember 2011

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

„FORM DES RASSISMUS“

Wir fordern eine demokratische Minderheitenermittlung, weil die für die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln entscheidende Vorfrage über die zahlenmäßige Stärke der nationalen Minderheit rechts- und vertragskonform gelöst zu werden hat.

Dank des unermüdlichen Kampfes von Dr. Johannes Gradenegger (SPÖ) gegen Zwangszuordnung von Volksgruppen liegen uns die Prüfberichte von Europarat und UNO vor.

Sowohl der Europarat in seiner Resolution vom 11. Juli 2008 als auch das UN-Komitee zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (UN-CERD), Session August 2008 verlangen von Österreich eine demokratische Minderheitenermittlung.

Der Europarat lehnt Umgangssprachenerhebungen zum Zweck der Minderheitenermittlung strikt ab und begründet dies mit folgender Bestimmung im Rahmenübereinkommen: „Jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, hat das Recht, frei zu entscheiden, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht“. Im Bericht des UN-Komitees zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (UN-CERD), Session August 2008 kommt man zu denselben Ergebnissen, verlangt von Österreich eine „korrekte, demokratische Minderheitenermittlung, die Einhaltung der Selbstbestimmungs- und Bekenntnisrechte“ und ist „gegen die in Österreich übliche völkische Zwangszuordnung gemischtsprachiger Personen, die eine Form des Rassismus darstellt“.

Auch den Bundeskanzler Faymann hat Gradenegger von den Erkenntnissen schriftlich unterrichtet. Dieser bedankte sich „für die wichtige Stellungnahme“ und versprach: „Auch die von Ihnen angesprochenen Forderungen des UN-Cerd und des Europarates werden natürlich berücksichtigt.“ Getan hat er nichts, im Gegenteil. Gemeinsam mit Staatssekretär Ostermayer und Präsident Fischer hat er die „Ortstafellösung von Landeshauptmann Dörfner“ durchgewunken. Selbst der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Holzinger, hat den Beschluß zur Kärntner Ortstafellösung als „Sieg für den Rechtsstaat“ bezeichnet.

Dabei werden in beiden Staatenberichten Österreich Rechts- und Vertragsbeugungen vorgehalten, die auch den Verfassungsgerichtshof betreffen.

Dr. Gradenegger bemerkte: „Als gelernter Österreicher weiß man, daß bei uns nicht Recht sein darf, was rechtens ist. So wird man Seminare, Konferenzen und Unterausschüsse anberaumen, um beide internationale Institutionen hinzuhalten. Sie werden sich dies jedoch auf Dauer nicht bieten lassen.“

ZITAT

Immanuel Kant: „Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Rechte angepaßt werden. Alle Politik muß ihre Knie vor dem Rechte beugen.“

ZEIT FÜR WAHRHEIT

Im „offiziellen Landesmagazin“ Nr. 4/September 2011 „ZEIT FÜR KÄRNTEN“, herausgegeben vom Amt der Kärntner Landesregierung, gab es eine „Sonderbeilage Ortstafellösung“. Vom Umschlag grinsen Landeshauptmann Dörfner und Staatssekretär Ostermayer mit gekreuzten Schraubenschlüsseln vor der zweisprachigen Ortstafel von Sittersdorf.

Acht Seiten lang erklären Historiker, ehemalige Politiker, Bürgermeister, Sportler, Aufsichtsräte, Burgherren und natürlich der Herr Landeshauptmann, wie großartig diese Ortstafellösung doch ist. Jubelmeldung folgt auf Jubelmeldung, und im allgemeinen Jubeltaumel hat man auf das wichtigste Ereignis, nämlich den Abwehrkampf, ganz vergessen. Dabei hätte es ohne diesen, der neben ungeheuren materiellen Verlusten 273 Tote und über 800 Verwundete auf Kärntner Seite gefordert hat, keine Volksabstimmung gegeben und ganz Südkärnten wäre, so wie die Untersteiermark – ohne Volksabstimmung – an Jugoslawien gefallen.

Wir gedenken dankbar der gefallenen Abwehrkämpfer.

Dann folgt die altbekannte Geschichte, daß „annähernd jede zweite Stimme derer, die am 10. Oktober 1920 für den Verbleib Kärntens bei Österreich gestimmt haben (22.025 Menschen oder 59,4 %) von einem Kärntner mit slowenischer Umgangssprache stammte.“

Dazu der slowenische Abgeordnete, Pfarrer in St. Kanzian am Klopeiner See, **Vinko Poljanec**: „**Ich erkläre: Wir haben am 10. Oktober 1920 nicht für Deutsch-Österreich gestimmt.**“

Die ständig wiederholten Erklärungen, daß 10.000 Slowenen den Volksentscheid am 10. Oktober 1920 zu Gunsten Österreichs entschieden hätten, sind schlichtweg die historische Unwahrheit, mangelndes Geschichtsbewußtsein oder ein bewußtes Verfälschen der Geschichte.

Die Windischen waren es, die den Volksentscheid zu Gunsten der Republik Österreich ermöglichten.

ZITAT

Sophokles: „Durch Betrug erlistet ist noch nicht gewonnen.“

Selbstbestimmungstag der Völker

9. November – Fall der Berliner Mauer

Die AFP bat auch heuer alle volksbewußten Menschen in ganz Europa, diesen Tag gemeinsam zu begehen. In Stolz und Würde. Im Bekenntnis zur Geschichte und Gegenwart des eigenen Volkes. Und in der Hoffnung auf ein Europa der Völker – und nicht der Bürokraten und Parasiten.

Großbetrug

Billiges Benzin wird künstlich verteuert, teures künstlich verbilligt.

E 10: Für den Klimaschutz unwirksam, für die Autofahrer teurer! Preistreiber Staat will noch mehr „Bio-Ethanol“ im Sprit.

Der befürchtete Trick hat offenbar schon begonnen. Denn zu kaufen ist das neue Super-Benzin E10 an den Tankstellen noch nicht, aber für das bisher übliche Super- und Normalbenzin sind die Preise seit Jahresbeginn schon so stark heraufgesetzt worden, daß ziemlich klar ist, was passiert, wenn das E10 überall verfügbar ist:

Damit die Autofahrer das neue Zeug kaufen, das sie mit seinem pflanzlichen Äthanol-Anteil von 10 Prozent gar nicht haben wollen, wird es ein paar Cent unter dem Preis von Normal und Super angeboten werden, obwohl es in der Herstellung teurer ist. Den bisherigen Treibstoff kaufen dann nur noch diejenigen, die vor dem zu hohen Äthanol-Anteil Angst haben, weil ihr Automotor den nicht verträgt und auch Leitungen und Pumpen Schaden nehmen. Außerdem steigt durch den höheren Äthanol-Anteil, wegen dessen geringerer Energiedichte, der Benzinverbrauch.

Der Zwang zur Beimischung von 10 Prozent „Bio-Ethanol“

geht von der EU-Richtlinie 2009/30/EG aus. Die Autos sollen weniger CO₂ ausstoßen. Dahinter steht die Behauptung, das technische CO₂ menschlichen Ursprungs heize das Erdklima auf. Das trifft nachweislich nicht zu. Damit gründet der Beimischungszwang auf einem groß angelegten Betrug und wird selbst zum Betrug. (Aber selbst dann, wenn die Behauptung zuträfe, ist höchst zweifelhaft, ob die erklärte CO₂-Einsparung gelingt und überhaupt möglich ist.)

Nach einer Studie des Londoner Instituts für europäische Umweltpolitik würden beim Verwenden von Bio-Sprit 56 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich erzeugt. Das sei deutlich mehr, als das Autofahren mit diesem Benzin einsparen würde.

Sogar Umweltschutzorganisationen, die sich für die unsinnige Klimaschutzpolitik sonst ebenfalls immer so stark machen, lehnen Bio-Sprit grundsätzlich ab. Tatsächlich bewirkt die Beimischung von „Bio-Ethanol“ mit Sicherheit nur eines: Für die Autofahrer wird das Benzin noch teurer. Aber für den Klimaschutz bewirkt sie nichts, und dies mit ebenso großer Sicherheit.

PREISTREIBEREI

Wegen der Euro-Krise wünschen sich immer mehr Österreicher den Schilling zurück. Für die Politiker wäre die Wiedereinführung der alten Währung ein Drama, ihre Lügen über den stabilen Euro und die zahlreichen Vorteile würden noch deutlicher auffliegen.

Wer würde schon freiwillig 18 Schilling für einen Liter Diesel bezahlen, 21 Schilling für einen Liter Super-Plus, 48 Schilling für ein Krügel Bier, 51 Schilling für eine Melange, 61 Schilling für eine Schachtel Marlboro, 43 Schilling für eine heiße Schokolade, 37 Schilling für einen Tee, 38 Schilling für ein kleines Cola, 22 Schilling für ein Mineralwasser, 206 Schilling für ein Wiener Schnitzel, 200 Schilling für einen Tafelspitz, 150 Schilling für ein Rindsgulasch, 65 Schilling für zwei Eismarillenknödel und 303 Schilling für die ORF-Zwangsgebühr? Und deshalb sponsern unsere Politiker mit unserem Geld gerne weiterhin die griechischen Bankrotteure, weil sie bei Schillingpreisen jede Wahl verlieren würden.

Übrigens: Nicht die Speisen sind viel teurer geworden, das Geld ist viel weniger wert. Die Euro-Umstellung war eine kleine Währungsreform, denn 10 Schilling sind heute 1 Euro = minus 37,6 %.

ZITAT

Horst Seehofer, Ministerpräsident des Freistaats Bayern: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“

Was sind Economic Hit Men ?

John Perkins: „Economic Hit Men (EHM) sind hochbezahlte Experten, die Länder auf der ganzen Welt um Millionen Dollar betrügen. Sie schleusen Geld von der Weltbank, der US Agency for International Development (USAID) und anderen ausländischen ‚Hilfsorganisationen‘ auf die Konten großer Konzerne und in die Taschen weniger reicher Familien, die die natürlichen Rohstoffe unseres Planeten kontrollieren. Die Mittel der EHM sind betrügerische Finanzanalysen, Wahlmanipulationen, Bestechung, Erpressung, Sex und Mord. Ihr Spiel ist so alt wie die Macht, doch heute im Zeitalter der Globalisierung hat es neue und erschreckende Dimensionen angenommen.“

EHRENBÜRGERIN

Der Bürgermeister von Bad Eisenkappel, Franz Jožef Smrtnik, wollte die heurige Bachmann-Preisträgerin Maja Haderlap zur Ehrenbürgerin machen. Eine Koalition aus SPÖ-, BZÖ- und FPK-Gemeinderäten war dagegen.

Da sind aber dem Herrn Landeshauptmann Dörfler (FPK) die Nerven durchgegangen. Er wettete gegen die „Kleinhäusler“ in Bad Eisenkappel und versprach Frau Haderlap auf jeden Fall „eine ordentliche Würdigung und eine würdige Ehrung seitens des Landes“.

Nach langen Debatten hat der Gemeinderat von Bad Eisenkappel nun die Würdigung beschlossen. Drei BZÖ- und ein FPK-Mandatar stimmten dagegen. Die SPÖ ist aber noch im Liegen umgefallen.

ZITAT

Muammar Gaddafi in seinem Testament: „Auch wenn wir nicht sofort gewinnen, wir setzen für zukünftige Generationen ein Zeichen, daß es eine Ehre ist, die Heimat zu verteidigen und es der größte Betrug ist, sie zu verkaufen.“

Israel will Iran angreifen

Ein Militärschlag Israels gegen das iranische Atomprogramm wird nach Einschätzung des israelischen Präsidenten Shimon Peres immer wahrscheinlicher. Auch Israels Premier Benjamin Netanjahu befürwortet einen Angriff auf den Iran.

Der Hintergrund: „Der Iran könnte schon in sechs Monaten die Atombombe haben. Die Welt sei nun gegenüber Israel in der Pflicht, Irans Präsident Ahmadinejad müsse gestoppt werden“, so Netanjahu.

Teheran beteuert dazu stets, daß sein Nuklearprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient.

Israel allerdings hat die Atombombe längst.

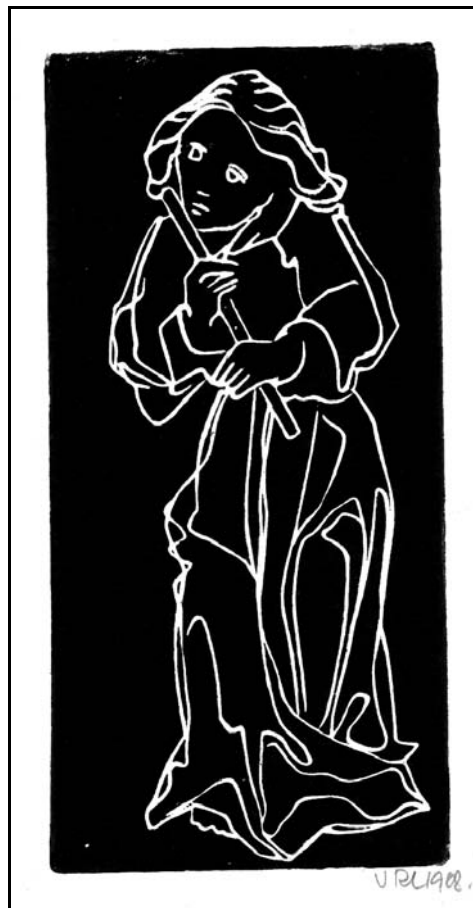
ZITAT

Thomas Carlyle: „Die ewigen Sterne kommen wieder zum Vorschein, sobald es finster genug ist.“

Impressum: WEITBLICK – Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: AFP Kärnten, Sepp Kraßnig. Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Für Spenden aus EU-Ländern: PSK Kto. 7438558 BIC OPSKATWW, IBAN: AT56600000007438558.

Blickt einen Augenblick
auf,
auf
ihr Gebückten,
ge-demütigt ihr
in den Fesseln
des
Wohlstands.
Blickt einen Augenblick
auf zu den Sternen,
den wunderbar glänzenden,
unterbrecht euer
hastiges Tun
und denkt:
Wieder wendet die Sonne sich,
unsichtbar,
unhörbar,
ungreifbar
wendet sie,
bringt euch
ein neues Jahr
bringt euch das Licht,
bringt euch wieder
Blumen
und Gräser
und Blüten.
Dankt es ihr
mit einem Augen-blick
zu den Sternen!

Konrad Windisch



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kameraden und Freunde!

In wenigen Wochen ist Weihnachten. Man merkt nichts davon? Ja, das ist wahr. Wo sich alles nur um Geld dreht, ist für Freude und Wunder kein Platz. Aber wer sagt denn, daß wir uns dem Diktat des Geldes beugen müssen? Es steht uns doch frei, Weihnachten so zu feiern, wie es der Sinn dieses Festes ist. Ohne Kaufrausch, ohne Hektik, ohne Tand. Besinnlich, still, einfach. Die schönsten Weihnachten hab ich als Kind erlebt. Wir waren arm nach dem Krieg, aber diese Zeit war erfüllt von Zuneigung, Freude, Geheimnissen. An den Abenden wurde in der Familie gemeinsam gebastelt, Kekse gebacken, Geschichten erzählt und Weihnachtslieder gesungen. Einer hatte für den Anderen Zeit und alle freuten sich auf den Weihnachtsabend, aber nicht wegen irgendwelcher Geschenke, sondern wegen des Zaubers dieses Abends mit Tannenduft und Kerzenlicht und Freude.

Bedanken will ich mich bei allen für Eure Kameradschaft, die Treue und Hilfe das Jahr über, machen wir gemeinsam weiter!
Ich wünsche Euch frohe Weihnachten und Kraft, Glück und Gesundheit für das Jahr 2012!

Herzlichst
Euer Sepp Kraßnig

Demnächst gehört alles den Banken

In kleingedruckten Nebensätzen steht in den Tageszeitungen manchmal Ungeheuerliches, das meist überlesen wird. Ein Beispiel:

„Düsseldorf. Finanzstarke Städte sollen in NRW künftig stärker für notleidende Kommunen aufkommen. Vom nächsten Jahr an will NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) einen Konsolidierungspakt für Städte auflegen, deren gesamte Infrastruktur wegen Überschuldung ansonsten ab 2016 den Banken gehören würde.“

Westdeutsche Allgemeine, 20.8.2011

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen will also, daß (noch) unverschuldete Städte den notleidenden Städten helfen, weil andernfalls „deren gesamte Infrastruktur wegen Überschuldung ab 2016 den Banken gehören würde.“

Alles städtische Eigentum der Bürger, von den Gebäuden über die Stadtwerke bis zu den Straßenbahnen im Griff der Banken!

Diejenigen, die diesen Scherbenhaufen angerichtet haben, sollen das gefälligst aus ihrer eigenen Tasche bezahlen!

Kommunistische Träume

Die in Klagenfurt erscheinende slowenische Zeitung Naš tednik leugnet den Abwehrkampf.

Die Slowenen bezeichnen die demokratische Volksabstimmung von 1920 bis heute nur als „Schwindel“ und „Lüge“. Die kommunistische Befreiungsfront sagte ganz deutlich: „Unsere Helden sind nicht für papierene Minderheitenrechte, sondern für die Freiheit Slowenisch-Kärntens in der FVR Jugoslawien gefallen.“ Und der in Klagenfurt lebende Rechtsanwalt Dr. Franci Zwitter erklärte: „Wo die Gräber unserer gefallenen Partisanen sind, dort sind unsere Grenzen.“

ZITAT

Arthur Schopenhauer: „Den individuellen Irrtum muß, wer ihn hegt, einmal büßen und oft teuer bezahlen. Dasselbe wird im Großen von gemeinsamen Irrtümern ganzer Völker gelten. Daher kann nicht zu oft wiederholt werden, daß jeder Irrtum, wo man ihn auch antreffe, als ein Feind der Menschheit zu verfolgen und auszurotten ist und daß es keine privilegierten oder sanktionierten Irrtümer geben kann.“

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße

Im Potsdamer Abkommen vom Sommer 1945 war festgelegt worden, daß die deutschen Bevölkerungsteile in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland überführt werden sollten.

Darüber hinaus wurde aber auch der größte Teil der deutschen Bevölkerung aus den seither offiziell „z.Zt.“ unter polnischer und (sowjet)russischer Verwaltung stehenden Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ausgewiesen. 18 Millionen Deutsche wurden dadurch aus ihrer Heimat vertrieben, Millionen kamen dabei um, weitere Millionen verschwanden spurlos, über 13 Millionen gelangten als Flüchtlinge/Heimatvertriebene nach Deutschland, davon rd. 9 Millionen in die damalige Bundesrepublik bzw. deren späteres Staatsgebiet.

Bei Kriegsende betrug die deutsche Bevölkerung in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den deutschen Siedlungsgebieten außerhalb der Reichsgrenzen von 1937 rd. 16,6 Millionen. Auf den Konferenzen von Jalta (1943) und Potsdam beschlossen die Siegermächte die Verschiebung der Grenzen Polens nach Westen auf Kosten Deutschlands (während Polen seinerseits bereits Ostgebiete an die Sowjetunion eingebüßt hatte) bis zur Oder-Neiße-Linie. Endgültigen Beschlüssen vorgreifend, wies die polnische Regierung die deutsche Bevölkerung aus den Polen zugedachten Gebieten aus und brachte im Sommer 1945 die erste Vertreibungswelle in Gang. Gleichzeitig fanden auch schon die ersten Massenaustreibungen Sudetendeutscher aus der Tschechoslowakei statt. Art. VIII des Potsdamer Abkommens verfügte zwar die Überführung der ostdeutschen Bevölkerung, der Sudetendeutschen und des übriggebliebenen Streudeutschtums in Ungarn „in geordneter und humaner Weise“ und erst nach Aufstellung eines Ausweisungsplans durch den Kontrollrat. Trotzdem setzten sich die unregelmäßigen Vertreibungen fort und ergriffen noch weitere Gebiete, wie z. B. den Süden von Ostpreußen.

Diese Gebiete östlich der Oder-Neiße stehen bis zum heutigen Tag unter polnischer und sowjetischer Verwaltung, und Deutschland hat heute noch keinen Friedensvertrag.

Picasso über Kunst

„Seit Kunst nicht mehr die Nahrung der Besten ist, kann der Künstler sein Talent für alle Launen und Wandlungen seiner Phantasie verwenden. Alle Wege stehen der intellektuellen Scharlatanerie offen. Das Volk findet in dieser Kunst jedoch weder Trost noch Erhebung. Aber die Raffinierten, die Reichen, die Nichtsteuer und Effekthascher suchen in ihrer Seltsamkeit, Originalität, Verstiegenheit und Anstößigkeit. Ich habe die Kritiker mit zahllosen Scherzen zufriedengestellt, die mir einfielen und die sie umso mehr bewunderten, je weniger sie ihnen verständlich waren. Deshalb bin ich heute nicht nur berühmt, sondern auch sehr reich. Wenn ich aber allein mit mir bin, dann kann ich mich nicht als Künstler betrachten im großen Sinne des Wortes. Ich bin nur einer, der seine Zeit verstanden und alles herausgeholt hat aus der Dummheit, der Lüsternheit und der Eitelkeit seiner Zeitgenossen.“

DER MANN MIT DER MUNDHARMONIKA

In der ORF-Show *Die Große Chance* gab es unlängst einen Riesenskandal. Da bewarb sich ein Mann mit einer Mundharmonika um einen Platz im Show-Himmel und spielte ein altes Volkslied – nämlich die Melodie des Horst-Wessel-Liedes. Darauf folgte eine Heiterkeitsnummer nach der anderen. Die erste: keinem Jury-Mitglied fiel das weiter auf und fürs erste auch keinem Verantwortlichen vom ORF.

Fürs erste fiel das auch den Medien nicht weiter auf, vielleicht hat sich der eine oder andere gedacht: na, dieses Volkslied kommt mir aber bekannt vor.

Fürs zweite gab es natürlich wütende Proteste unserer Sitzenwächter. Das war besonders dem verantwortlichen Manager im ORF namens Lorenz peinlich, dem man nachsagt, bereits beim Anblick einer Haselnuß „Wehret den Anfängen!“ zu schreien. Und der entschuldigte sich natürlich sofort bei der Weltbevölkerung und sämtlichen Kultusgemeinden.

Bei der Wiederholung war der Auftritt des 68jährigen Mundharmonikaspielers bereits gelöscht und er selbst von weiteren Auftritten ausgeschlossen.

Aber damit war die Sache nicht beendet – sie wird noch viel lustiger. Selbstverständlich beschäftigte sich auch die Justiz mit diesem Fall und stellte fest, daß kein Fall von „Wiederbetätigung“ vorliege. Das wäre nur der Fall gewesen, wenn zumindest Teile des Textes gesungen worden wären.

Wäre es aber zu einem Prozeß gekommen, dann hätte die Lustigkeit ihren Höhepunkt erreicht. Denn das Volkslied gibt es wirklich. Im Original heißt das Lied: „Es wollt ein Mann in seine Heimat reisen“, ist wirklich ein Volkslied, die Melodie ist gleich derjenigen des Horst-Wessel-Liedes, und zuletzt veröffentlicht wurde sie 1979 im Ueberreuther-Verlag Wien, ISBN 3 8000 31 53 1 im Liederbuch „Die schönsten Lieder Österreichs“ von Hartmann Goertz und Gerlinde Haid. Im Liederbuch hat das Lied noch den Zusatz „Allgemein verbreitet“.

Der arme Mundharmonikaspieler wurde also völlig zu Unrecht seiner Chancen beraubt, Herr Lorenz hat sich völlig umsonst entschuldigt – aber wer wird nun angeklagt und verfolgt?

So geht's zu, wenn der Verfolgungswahn zur Politik gemacht wird.

Keine falsche Rücksicht

Journalisten wurden in der Ausbildung angehalten, bei Berichten über Straftaten ausländischer Bürger die Herkunft nicht hervorzuheben, da „man nicht dem Ressentiment, der pauschalen feindseligen Gesinnung Vorschub leisten darf“.

Tatsache ist: Sehr viele junge Straftäter stammen aus Zuwandererfamilien, und vor allem in den Städten ist der Anteil jugendlicher „Straftäter mit Migrationshintergrund“ überproportional hoch.

Da haben z. B. zwei ausländische Jugendliche einen Pensionisten in der Münchner U-Bahn hinterrücks attackiert und mit Schlägen und Tritten beinahe zu Tode gebracht. „Scheißdeutscher!“ haben sie dabei geschrien. Nicht nur brutale Schläger, auch noch Rassisten!

Im Interesse Aller wird man bei Zeitungsberichten und bei Strafen ohne Rücksicht auf die Herkunft der Straftäter vorgehen müssen.

ZITAT

Marc Zuckerberg, Gründer von Facebook und jüngster Milliardär der Welt: „Sie trauen mir, diese Idioten.“



lesen Sie auch



Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!
Besuchen Sie uns im Internet: www.afp-kommentare.at